

2 D 885

20

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 1. 34. Jahrg.

1. Januar 1921

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEER u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3373.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88, III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4288. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Das alte und das neue Jahr. Rundschau. 10. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. I. — **Allgemeines:** Noch zwei Entschiede des Reichsarbeitsministers. Ortsberichte: Erfurt; Frankfurt a. M. — **Der Lithograph:** Nochmals zur Geringschätzung des Lithographen. — **Feuilleton:** Neujahr 1921. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Der Streik in Danzig

ist beendet. Die Lithographen und Steindrucker haben die Arbeit in sämtlichen Betrieben wieder voll aufgenommen.

Der Lithograph **Richard Cornelius**, Buch Nr. 36592 ist auf Antrag der Ortsverwaltung Berlin gemäß § 6, Absatz 2 b und c des Statuts aus dem Verbands ausgeschlossen worden

Inhaltsverzeichnis »Graphische Presse«.

Die hohen Papierkosten veranlassen uns auch dieses Jahr das Inhaltsverzeichnis der »Graphischen Presse«, Jahrgang 33, nur in soviel Exemplaren herstellen zu lassen als benötigt werden. Diejenigen Kollegen, welche ein solches Inhaltsverzeichnis haben wollen, müssen deshalb umgehend die Bestellung an die Expedition, Conrad Müller, Scheuditz bei Leipzig, aufgeben. Nachlieferungen sind nur in ganz besonderen Fällen möglich.

Der Verbandsvorstand.

Das alte und das neue Jahr.

Wieder ist ein Jahr hinabgesunken in das Grab der Vergänglichkeit und wieder ringt sich ein Jahr aus dem Schoße der Zukunft los. Im wahren Sinne des Wortes steht die deutsche Arbeiterschaft als Leidtragender an der Gruff des verblühten Jahres, dieweil die Reaktion mit schmierig, loyal-brutalen Worten dem dahingeschiedenen Jahre die Gedächtnisrede hält und immer erneut versichert, dem Heimgegangenen ein ehrendes Gedenken zu bewahren.

Wahrlich, alles was dem Fortschritt spinnefeind gesinnt ist, hat alle Veranlassung, dem vergangenen Jahre Tränen nachzuweinen und es einen lieben Toten zu nennen. Das zweite Jahr der deutschen Revolution hat der Reaktion mit vollen Händen gegeben und dadurch seinen Namen als Revolutionsjahr mehr als geschändet. Neben bis ins grenzenlose gehenden Wuhergewinnen hat es der Reaktion die politische Macht gestärkt bis zum Möglichwerden der bayrischen Kahrregierung, der Medterstädter Mörderbande, der Meuchelaffäre Paasche und einiger anderer, vor Liebe, Demut und sonstiger christlicher Eigenschaft tiefrender Dinge. Wenn der Kapputsch, der doch angeblich nur in der uneigennützigsten Weise der bis auf die Knochen ausgepowerten Arbeiterschaft Brot und Arbeit bringen sollte, sowohl an dem Widerstande der Arbeiterschaft, wie an der totalen Unfähigkeit der Kapp, Lüttwitz, Traub und Genossen, die Psyche des deutschen Volkes richtig einzuschätzen, gescheitert ist, so ist das nicht auf das Konto des vergangenen Jahres zu setzen.

Gegen solche Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens! So hat denn auch die Reaktion ihre Lehren aus dem mißglückten Putsch gezogen und neben die Orgesch ihre Anweisung gesetzt, bei neuen Volksbeglückungsversuchen mit dem Leben von Arbeiterführern nicht allzu zimperlich umzugehen.

Ganz anders steht die Arbeiterschaft dem vergangenen Jahre gegenüber. Mit einem Fluch auf den Lippen versetzt sie ihm noch einen Stoß, damit es recht schnell verschwinde und versinke in Nacht und Grauen. Nichts als Not und abermals Not hat das vergangene Jahr auf die Arbeitsbienen der Menschheit herabregnen lassen und sie mit Hunger, Sorge, Elend und Arbeitslosigkeit bis zur Verzweiflung gepeiniget. In seinen Jugendtagen trank das

durchgemacht werden, soviel Schaden dadurch auch anscheinend angerichtet wird. Wichtig dabei aber ist zu beachten, daß der schäumende Most einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsform nicht über die Grenzen seiner Wirkungsstätte hinausdrückt und so die Kräfte, die das Neue schaffen sollen, absorbiert und dadurch in ihrer Wirksamkeit stark behindert.

Als eine solche Behinderung der aufbauenden Kräfte muß die Wirksamkeit der russischen Genossen angesehen werden, alles aus dem Moskauer Gesichtswinkel zu betrachten und danach alles zu kneten und zu formen. Diese Methode muß umso mehr die Kräfte der Arbeiterschaft auf dem Wege zum Sozialismus behindern, als sich Rußland selbst noch dauernd unter den Einwirkungen der sozialen Revolution krümmt und windet und immer neuen Formen zustrebt. Das zeigt schon ein Blick auf die gegenwärtige Lage Rußlands. Die bisherigen politischen Methoden sind nicht mehr zu halten und auch wirtschaftlich müssen Konzessionen an das Kapital gemacht werden. Auch Rußland muß eben erkennen lernen, daß Entwicklungsphasen nicht übersprungen werden können und so die Gründe der westeuropäischen Arbeiterschaft, daß jedes Land seine eigene Entwicklung hat, ob gewollt oder ungewollt, anerkennen. Freilich wird man von russischer Seite die Schuld für diese Entwicklung in Rußland der westeuropäischen Arbeiterschaft in die Schuhe schieben und der deutschen Arbeiterschaft einen besonderen Posten aufs Konto schreiben, aber das werden wir zu ertragen wissen, wie die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht nur die Beschimpfung, sondern auch die Spaltung ertragen mußte. Die Beschimpfung war ja nur halber Schmerz, denn sie traf auch die deutschen Gewerkschaften in gleicher Weise, weil auch sie Widerstand zeigten sang- und klanglos in den Himmel der allein seligmachenden 3. Internationale einzugehen.

Dieser Kampf um die Gewerkschaften, der schon zu Ende des vergangenen Jahres mit allen seinen Finessen eingesetzt hat, wird die Gewerkschaften im kommenden Jahre noch weit mehr in Anspruch nehmen und die Arbeiterschaft in ihren tiefsten Tiefen aufwühlen. Schon jetzt freuen sich die Unternehmer aller Schattierungen auf diesen Kampf auch in den Gewerkschaften, denn erst dann sieht ihr Weizen in voller Blüte. Der schon längst geplante Lohnabbau und die mit höchster Innbrunst herbeigesehnte Verlängerung der Arbeitszeit rückt erst dadurch in das Reich der Möglichkeit, weitere ungeahnte Gewinne verheißend. Auch die den Unternehmern bis in die tiefste Falte ihres Herzens verhaßte, uns aber vollständig unzulängliche Tätigkeit der Betriebsräte kann dann gleichzeitig mit abgewürgt und so reiner Tisch gemacht werden. Wer Gelegenheit hat ständig das Leiborgan der Unternehmer, die »Deutsche Arbeitgeber-Zeitung« zu Gesicht zu bekommen, kann erst die volle Größe der Gefahr erkennen, die über der Arbeiterschaft schwebt, wenn sie nicht versteht, die Einheit der Gewerkschaften zu erhalten. Die gegenwärtig tobenden Kämpfe sind nur ein gelindes Vorspiel von dem, was nach der

Zum Jahreswechsel
allen Kollegen und Mitarbeitern
herzliche Glückwünsche

Eine bess're Welt gestalten
könnt ihr zu der Väter Glüd,
doch, ihr müßt zusammenhalten,
keiner trete feig zurück.
Ja, es bricht der Morgenschimmer
einer neuen Zeit herein;
aber dies vergesst nimmer:
Einig, einig müßt ihr sein!

Verbandsvorstand u. Redaktion

vergangne Jahr begierig das vor dem Reichstag fließende Proletarierblut, in seiner Manneszeit brachte es den Skandal der Reichstagswahlen, und einige Monate später die schon zur Genüge grausame Selbsterleischung der Arbeiterschaft um ein weiteres zu vergrößern. Schon in seinen letzten Zügen liegend, spies es, seine Tätigkeit selbst übertreffend, durch den Mund Eberts die Streikverordnung der Arbeiterschaft ins Gesicht, dem Elend noch den Hohn hinzufügend.

Daß das vergangene Jahr die Forderungen der Arbeiterschaft so hartherzig mit Füßen treten konnte und die Reaktion so in den Sattel hob, liegt nicht nur zu einem geringen Teile an der Arbeiterschaft selbst. Anstatt die gesamten proletarischen Kräfte der immer dreister auftretenden Reaktion entgegen zu werfen, gefiel sich die Arbeiterschaft in Selbsterleischung, schlug sich gegenseitig die Schädel ein. Es wäre vollständige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse die in der Arbeiterschaft vorhandenen Gegensätze zu leugnen oder eine Verkleisterung dieser Gegensätze zu predigen. Selbst wenn solche Predigten von Erfolg gekrönt wären, würden diese Gegensätze in ganz kurzer Zeit von neuem hervorspringen. Denn die gegenwärtig gährende Zeit mit ihrer Unrast und ihren Kämpfen kann nur als Endergebnis eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform haben, deren Gesichtsausdruck nicht unwesentlich von der Haltung der Arbeiterschaft in diesem Gährungsprozeß abhängt. Deshalb muß dieser Gährungsprozeß

Zertrümmerung der Gewerkschaften kommt. Dann hat auch die Sozialisierung, die durch die Vergesellschaftung des Kohlenbergbaues aus dem Stadium der theoretischen Erörterung in das der praktischen Ausführung hinübergeführt worden ist, ihr Ende gefunden. Man braucht nur dem Toben der profitflüsternden Schnapphähne über die Zerrung wirtschaftlicher Fragen auf das Gebiet der hohen Politik einen Augenblick Beachtung zu schenken, um zu ermessen: was ist. Die Gewerkschaften werden und wollen nicht unbeteiligt an diesen Kämpfen vorübergehen, sondern getreu der Beschlüsse des Betriebsrätekongresses und des II. Internationalen Gewerkschaftskongresses in das Zentrum ihrer Tätigkeit den revolutionären Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung setzen. Zu diesem Zwecke haben sie um die Organisation der freigewerkschaftlichen Betriebsräte gerungen und zu diesem Zwecke schult sie die Betriebsräte, damit sie im gegebenen Augenblicke auch die Kräfte zur Hand hat, die Wirtschaft nach proletarischen Grundsätzen einzurichten und zu leiten. Damit haben die Gewerkschaften ihren Aufgabenkreis riesenhaft erweitert und den Kampf mehr noch als bisher in das Zentrum ihrer Tätigkeit gerückt.

Dieser Kampf der Gewerkschaften wird auch unsern Verband in seinen Reihen finden.

Aber nicht nur die großen Aufgaben haben wir mit zu lösen. In unsern eigenen Reihen gibts noch vollauf zu tun. Mehr aber noch muß mit unsern Unternehmern ein ernstes Wort geredet werden. Trotz unverkennbaren Fortschritten in der Lohnfrage im vergangenen Jahre, muß das neue Jahr noch ein ganz erkleckliches Mehr bringen. Noch befinden wir uns weit unter dem amtlich ermittelten Existenzminimum, das wirklich alle Voraussetzungen meidet und nicht sagen läßt: Es ist eine Lust zu leben. Im Gegenteil! Bei den jetzigen Löhnen unserer Kollegen, die nicht ausreichen das Notdürftigste herbeizuschaffen, ist das Leben direkt eine Qual; und deshalb ist es verständlich, wenn überall die Flamme der Empörung auflodert. Wenn deshalb am 9. Januar die Vertreter für das Lithographie- und Steindruckgewerbe erneut zusammenkommen um über eine weitere Teuerungszulage zu beraten, muß tief in die Taschen hineingegriffen werden, soll die größte Not der Berufsarbeiterschaft gelindert und das Gewerbe leistungsfähig erhalten werden.

Wenn ob solcher Sachlage auch in unsern Unternehmerkreisen darauf hingewiesen wird, daß das aus den neuesten Indexzahlen über den Stand der Lebenshaltung gewonnene Bild nicht danach angetan ist, Lohnforderungen der Arbeiter in dem Umfange, wie sie meistens gestellt werden, zu rechtfertigen, so mag das der Kollegenschaft ein Zeichen sein dafür, daß es gilt zu rüsten. Neben die Schulung der Kollegen muß auch der notwendige Kampffond gestellt werden. Leider sieht es in der gegenwärtigen Zeit mit seiner Teuerung nicht gerade rosig um die Aufstapelung des Kampffonds aus. Trotzdem muß er geschaffen werden, wollen wir nicht untergehen, und die Mittel bereit gestellt werden, die zur erfolgreichen Führung eines Kampfes gebraucht werden.

Und Kampf atmet das neue Jahr. Wo man auch hinblickt, überall heben sich mit voller Deutlichkeit die Anzeichen hervor, daß das kommende Jahr ein Kampfsjahr im wahrsten Sinne des Wortes ist. Es wird, um es in der uns noch vor gar nicht zu langer Zeit geläufigen Kriegssprache auszudrücken, ein Großkampfsjahr sein. Auf dieses Großkampfsjahr uns von Anfang an einzustellen und alle Kampfmittel eingehend zu prüfen, ob sie noch intakt sind, das ist die Aufgabe, die die deutsche Arbeiterschaft zu Anfang des Jahres zu erfüllen hat. Dann wird sie auch ruhigen Blutes in froher Siegesgewißheit all den Dingen entgegensehen können, die das neue Jahr bringt und an seinem Ende feststellen können: Es war zwar hart, aber erfolgreich!

Rundschau.

*Karl Legien †. Erst nach Redaktionsschluß erhalten wir die traurige Kunde, daß der Führer der deutschen freien Gewerkschaften, Karl Legien, nicht mehr ist. Die Krankheit, die den unermüdeten Kämpfer schon vor dem Internationalen Gewerkschaftskongreß zu London verpflichtet hätte ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, hat sich als weit gefährlicher gezeigt, als auch Legien annahm. Nur hat sie den Kämpfer gefällt, der mehr als 30 Jahre das Banner der freien Gewerkschaften in allen Kämpfen mutig und unerschrocken voran trug. Doch der Mann mag fallen, wenn nur das Banner steht.

In nächster Nummer der Zeitung werden wir ausführlicher auf Karl Legien, sein Leben und Wirken zurückkommen.

Der Deutsche Buchdrucker tarif angenommen. Das in rund vierwöchiger Verhandlung erzielte Ergebnis der Neuberatung des Buchdrucker tarifes unterlag ebenso auf Gehilfenseite einer Urabstimmung wie bisher alle unsere Reichstarife. Über das Ergebnis dieser Urabstimmung erläßt das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker folgende Bekanntmachung: Gehilfenseitig wurden abgegeben für den Tarif 40260 Stimmen und gegen den Tarif 24257.

Die Buchdruckerhilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, die ebenfalls diesem Tarif unterstehen, gaben für Annahme des Tarifes 19964 Stimmen ab und gegen 10444.

Nach diesen Zahlen beteiligten sich an der Abstimmung die Gehilfen mit 62,4 Prozent und die Hilfsarbeiter mit 65,6 Prozent.

Da auch die Zustimmung der Unternehmer vorliegt, erhält der Tarif für die Mitglieder der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker ab 1. Januar 1921 bindende Kraft und läuft bis zum 31. Dezember 1922.

Ein Urteil über die Gelben. In einer Würdigung des Verlaufes der diesjährigen Tagung der sogenannten Harmonieverbände schreibt die »Soziale Praxis«:

»Solange der Gegensatz von Arbeit und Kapital — welcher Art er auch immer sein mag — noch bestehen wird, so lange wird eine Bewegung, die den Austrag dieses Gegensatzes auf dem Wege einer zielklaren und bewußten Selbsthilfe stets verneint, nicht die Anerkennung erreichen, daß sie die Fähigkeit habe, berechtigte Forderungen der Arbeiterklasse, die eine sittliche, volkswirtschaftliche und staatspolitische Notwendigkeit darstellen, zu erheben und durchzusetzen. Die Tätigkeit dieser Kreise, die vor aller Augen liegt, bringt den klaren Nachweis daß von ihr keine durchgreifende und anhaltende Förderung der Arbeiterbelange erwartet werden kann. Die Palliativmittel dieser wirtschaftsfriedlichen Verbände stehen in gar keinem Verhältnis zu dem gewaltigen Ausmaße des naturnotwendigen, in den Verhältnissen begründeten Ringens zwischen dem Unternehmertum und den unselbständigen Hand- und Kopfarbeitern. Auch derjenige, der immer und immer wieder eintritt für eine legale Form beim Austrag wirtschaftlicher Streitigkeiten, wird einem Verbände, der seine Augen vor der tatsächlichen sozialen Lage gar zu sehr verschließt, den gewerkschaftlichen Charakter absprechen müssen.«

Der Entwurf einer Schlichtungsordnung. Wie vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird ist der am 14., 15. und 16. Dezember 1920 auf Grund der früheren Kommissionsberatungen aufgestellte amtliche Entwurf einer Schlichtungsordnung mit Vertretern der obersten Reichsbehörden und der Regierungen der Länder im Reichsarbeitsministerium durchberaten worden. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses dieser Besprechung wird der Entwurf im Januar nächsten Jahres dem Reichskabinett zur Beschlussfassung unterbreitet und sodann dem Reichswirtschaftsrat zur Beratung vorgelegt werden.

Die Arbeiterschaft hat jetzt die Pflicht, diesen Entwurf mit aller Gründlichkeit anzusehen. Sie darf und wird sich keinerlei Einschränkung ihrer Rechte gefallen lassen.

Zum Umbau der deutschen Sozialversicherung. Zum Beginn des Gesamtumbaus der deutschen Sozialversicherung erläßt das Reichsarbeitsministerium in der ersten Dezembernummer des Reichsarbeitsblattes eine amtliche Kundgebung. Die Versicherung soll vereinfacht und vereinheitlicht, und es soll ein klares, leichtverständliches, alle Zweige der Sozialversicherung umfassendes Gesetz geschaffen werden. Das Gesetz soll den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen angepaßt und im möglichst wirtschaftlichen und schadenverhütenden Sinne ausgebaut, die Mitarbeit der Versicherten und der Arbeitgeber sowie der Ärzte soll erweitert und vertieft werden. Der Umbau soll im Einvernehmen mit allen beteiligten Stellen vor sich gehen. Zur Vorbereitung des Umbaus werden vom Reichsarbeitsministerium im Frühjahr 1921 Grundzüge der deutschen Sozialversicherung herausgegeben werden, die eine planmäßige Zusammenfassung und Gegenüberstellung des bisherigen Rechtes der Sozialversicherung enthalten. Für die mit dem Umbau befaßten Behörden, Verbände und Einzelpersonen soll damit ein Hilfsmittel geschaffen werden. Bestellungen sind an das Reichsarbeitsministerium, Berlin NW 40, Schornhorststraße 35 (Zentralbureau), bis Ende Februar 1921 zu richten. Der Preis wird sich auf etwa 40 Mk. belaufen.

10. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

I.

Die zehnte Tagung fand vom 15. bis 18. Dezember im Gewerkschaftshaus in Berlin statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Genosse Graßmann dem Andenken des verstorbenen Genossen Bringmann (Zimmererverband) ehrende Worte des Andenkens.

Im Auftrage der von der vorigen Sitzung eingesetzten Studienkommission zur Untersuchung der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. berichtete Genosse Dißmann (Metallarbeiter) und machte im Namen der Studienkommission bestimmte Vorschläge zur Besichtigung der Akademie durch Gewerkschafter. Allerdings könne dies nicht in dem hohen Maße geschehen, wie von der Verwaltung der Akademie vorgeschlagen worden ist; immerhin müsse aber doch etwas geschehen, um mehr volkswirtschaftliche Kenntnisse in die Massen zu tragen. Im Anschluß daran erörterte der Genosse Woldt vom preussischen Kultusministerium einen Plan, in kurzfristigen Kursen die allernotwendigsten volkswirtschaftlichen Kenntnisse in kürzerer Zeit den Massen zu übermitteln. In der darauf folgenden Aussprache kam hauptsächlich zum Ausdruck, daß beide Pläne nebeneinander hergehen können und schließlich einigte der Ausschuß sich auf folgende, vom Genossen Giebel (Angestelltenverband) eingebrachte Resolution:

Der Bundesausschuß steht der Gründung einer Akademie der Arbeit grundsätzlich wohlwollend gegenüber und ermächtigt die Kommission, an den weiteren Verhandlungen sich zu beteiligen.

Inzwischen nehmen die einzelnen Verbände zu der Beteiligung an der Akademie bzw. auch der finanziellen Durchführung Stellung. Hierfür muß vorher die Ausbildungsdauer festgestellt werden.

Eine sehr ausgedehnte Aussprache entfaltete die Behandlung der Lohnpolitik der Verbände. Der Bundesvorstand hatte diese Frage auf die Tagesordnung gestellt infolge einer Beschwerde des Verbandes der Bergarbeiter darüber, daß die anderen Verbände bei ihrer Lohnpolitik zu wenig Rücksicht auf die Preisgestaltung der Kohle nähmen. Auch wünschte der Bergarbeiterverband, daß beim A. D. G. B. eine wirtschaftspolitische Stelle eingerichtet werde. Ferner hatte der Ortsausschuß Nürnberg zentrale Verhandlungen mit den Unternehmern wegen des Lohn- und Preisabbaues gewünscht. Bei dieser Gelegenheit machten die Vertreter der Verbände der Bergarbeiter und der Eisenbahner eingehende Mitteilungen über die gegenwärtigen großen Lohnbewegungen in ihren Berufen. Allgemein wurde gewünscht, daß der Bund sich für die Beilegung dieser Bewegungen einsetzt, jedoch wurde auch die außerordentlich schwierige Lage der Bergarbeiter und der Eisenbahner allgemein anerkannt und der Regierung soll jeder Zweifel darüber genommen werden, daß der Ausschuß sich mit aller Kraft hinter diese Arbeitergruppen stellt.

Ferner wünschte der Bundesausschuß, daß der Bundesvorstand seine bisherige Vertretung im Reichsausschuß für Landwirtschaft beibehält, obgleich sie bisher nicht imstande war, das Steigen der Teuerung aufzuhalten. Immerhin gibt die Vertretung die Möglichkeit, sich über die wirtschaftlichen Verhältnisse zu unterrichten. Eine Verantwortung für die Tätigkeit dieses Reichsausschusses müsse der A. D. G. B. aber ablehnen. Im übrigen stellte der Ausschuß sich auf den Standpunkt, daß eine Mitwirkung des Bundes bei der Lohnpolitik der einzelnen Berufe nicht erfolgen solle. Diese müsse nach wie vor Aufgabe der einzelnen Organisationen bleiben. In lebenswichtigen Industrien dürften entscheidende Schritte allerdings nicht ohne das Einverständnis der übrigen Arbeiterschaft erfolgen, die durch diese Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen werden können.

Scharf und entschieden nahm der Bundesausschuß Stellung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über Streiks in Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen. In der Aussprache kamen gegensätzliche Meinungen überhaupt nicht zum Ausdruck, sondern es wurden nur Einzelheiten vorgebracht, die geeignet waren, die Stellungnahme noch zu verstärken. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

Der Reichspräsident hat mit Zustimmung des Reichskabinetts am 10. November d. Js. auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die das Streikrecht in den Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, unter Zwangsschlichtungsvorschriften gestellt und strafrechtlich eingeschränkt wird. Der Reichstag hat am 30. November d. Js. dieser Verordnung zugestimmt und ihre Aufrechterhaltung bis zur Einführung eines obligatorischen Schlichtungsverfahrens beschlossen.

Der Vorstand und Ausschuß des A. D. G. B. vertreten in bezug auf das Streikrecht in den genannten Betrieben den gleichen Standpunkt, den der 10. Gewerkschaftskongreß 1919 in Nürnberg hinsichtlich des Streikrechtes der Eisenbahner angenommen hat. Er verkennt nicht die großen Schäden, die durch Streiks in solchen lebenswichtigen Betrieben für Wirtschaftsleben und Bevölkerung hervorgerufen werden und lehnt insbesondere

wilde Streiks, die entgegen den gewerkschaftlichen Grundsätzen oder Satzungen geführt werden, in entschiedenster Weise ab.

Gleichwohl erheben Vorstand und Ausschuß des A. D. G. B. auch in diesem Fall Einspruch gegen jede auch nur vorübergehende Beseitigung des Streikrechts, das allen Arbeitern und Angestellten ohne Ausnahme zusteht. Sie vertreten auch hier den Standpunkt, daß Streiks nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu verhüten sind.

Die beiden gewerkschaftlichen Zentralvertretungen richten an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, die auch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht zu vereinbarende Verordnung vom 10. November 1920 wieder aufzuheben. Sie protestieren nachdrücklichst gegen ihre Aufrechterhaltung und Ablösung durch ein Zwangsschlichtungsgesetz, das die Gewerkschaften ebenfalls stets bekämpft haben.

An die Arbeiter und Angestellten in den lebenswichtigen Betrieben richten Vorstand und Ausschuß des A. D. G. B. den Appell, ihre Interessen stets nur im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und sich nicht zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft von unverantwortlichen Kreisen in wilde Streiks hinein ziehen zu lassen.

Zu den Angriffen der von den Moskowitern geistig und zum Teil wohl auch noch etwas anders ausgehaltenen Kommunisten hatten schon vor der Ausschußsitzung einige Gewerkschaften in recht scharfer Weise Stellung genommen. Unter den im Ausschuß versammelten Vorstandsvertretern herrschte natürlich volle Einmütigkeit darüber, daß hier nur eine entschiedene Abwehr am Platze ist. Die einstimmig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die Moskauer »Kommunistische Internationale« hat der Gewerkschaftsinternationale (Amsterdam) Krieg und Vernichtung angesagt.

Unter der wahrheitswidrigen und unbeweisbaren Behauptung, die mittel- und westeuropäischen Gewerkschaften seien samt ihren Landeszentralen »gelb«, ihre Führer vom Privatkapital »bestochen«, wird eine Aktion eingeleitet, deren eingeständenes Ziel die Zerschlagung unserer in jahrzehntelanger Arbeit und unter schweren Kämpfen und Opfern aufgebauten deutschen Gewerkschaften ist. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen gemäß den Moskauer Thesen verpflichtet sein, die Betriebsräte und Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der Kommunistischen Partei unterzuordnen. Damit nicht genug, erwartet diese von ihren Parteigängern, daß sie ihre politischen Ziele höher stellen als die Form der Gewerkschaften und daß sie selbst vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen nicht zurückschrecken, wenn der Verzicht auf eine Spaltung gleichbedeutend sein würde mit einem Verzicht auf die revolutionäre Tätigkeit in den Gewerkschaften. Während die deutschen Gewerkschaften bisher als eines ihrer höchsten Güter das unbedingte Recht betrachteten, auf den Landeskongressen ihre Grundsätze selbst festzustellen, ihre Taktik selbst zu bestimmen, sollen sie also künftig dem Gebot von Personen und Körperschaften unterworfen sein, die — ohne Kenntnis der jeweiligen Verhältnisse — rein doktrinär urteilen. Nicht das Proletariat würde diktieren, sondern obskure Cliquen würden eine Diktatur über das Proletariat ausüben.

Getreu ihrer Tradition und im Verfolg der Beschlüsse der internationalen Kongresse, insbesondere des letzten in London, bekunden die deutschen Gewerkschaften ihre Sympathie und Solidarität mit den Arbeitern aller Länder, nicht zuletzt mit dem Proletariat Rußlands, dessen Leiden und Bestrebungen sie mit tiefster Anteilnahme beobachten. Sie glauben, daß der Anschluß der russischen Proletarier an die Amsterdamer Internationale die Kampfkraft der Arbeiterschaft der Welt stärken und auch den russischen Genossen wesentliche Vorteile bringen würde. Aus denselben Gründen aber setzen sich die deutschen Gewerkschaften energisch gegen alle ihre eigene Autonomie und Bewegungsfreiheit gefährdenden Bestrebungen zur Wehr. Als eine solche Gefährdung betrachten sie die Bildung kommunistischer »Keimzellen«, bestimmt, die Gewerkschaften von innen auszuhöhnen, sie den Moskauer Thesen gefügig, in Wirklichkeit aber aktionsunfähig zu machen. Im Gegensatz zu unseren bewährten gewerkschaftlichen Methoden sollen diese »Keimzellen« zudem Grundsätze befolgen (Anwendung von List, Schlaueit, illegalen Methoden, Verschweigen, Verheimlichen der Wahrheit u. a.), die wir als unmoralisch und gewerkschaftsfeindlich mit aller Entschiedenheit ablehnen und bekämpfen.

Da die von Moskau anempfohlenen Tendenzen in hohem Maße die Einheit und Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung gefährden, die Arbeiter in ihrer Schlagkraft lähmen, Verwirrung und Zersplitterung nach sich ziehen, so erklärt der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes es als unabwiesbare Pflicht der Verbände, diese zersetzenden Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Mitglieder, die als einzelne oder in Verbindung mit anderen die heute mehr denn je notwendige Einheit der Gewerkschaften schwächen, schädigen deren Position gegenüber dem Kapital, verstoßen darum

gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze und stellen sich außerhalb des Rahmens der Verbände. Die Konsequenzen aus einem solchen Verhalten ergehen sich damit von selbst.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes warnt darum im Interesse der gewerkschaftlichen Organisationen vor der Propaganda der Moskauer Tendenzen. Er richtet an die Mitglieder der angeschlossenen Verbände die erste Mahnung, den bewährten Grundsätzen der deutschen Gewerkschaften treu zu bleiben und allen Versuchen, Zwietracht und Uneinigkeit in die Mitgliederkreise zu tragen, mit entschlossener Tatkraft entgegenzuwirken.

Über den Ausbau der Wirtschaftsorganisationen machte Genosse Adolf Cohen eine Reihe von Mitteilungen, und da diese Sache noch nicht spruchreif ist, beschloß der Ausschuß, eine 15gliedrige Studienkommission einzusetzen. 10 Vertreter soll der Ausschuß bestimmen und 5 Vertreter sollen dem Afa-Bund eingeräumt werden.

Ein wenn auch nicht großes, sondern doch unter den heutigen Verhältnissen immerhin beachtenswertes Stück praktischer Arbeit zur Linderung der Bekleidungsnot leistete der Ausschuß in seiner Stellungnahme zu der Warenbeschaffungsstelle, an der sich der Bundesvorstand beteiligt hat. Es wurde gegen eine Stimme beschlossen, daß der Bundesvorstand sich an dieser Warenbeschaffungsstelle weiter beteiligen soll.

Eine schwierige Frage für die deutschen Gewerkschaften bilden die Folgen, die im Saargebiet infolge der Einführung der Frankenwährung entstehen werden. Für die Gewerkschaften handelt es sich darum, welche Beiträge die dortigen Gewerkschaftsmitglieder leisten und welche Unterstützungen sie erhalten sollen. Da sich die Sachlage noch nicht klar übersehen läßt, beschloß der Ausschuß auf Antrag des Genossen Simon (Stuhmacher), daß der Bundesvorstand eine Vertretung ins Saargebiet entsenden soll, die sich dort mit den Gewerkschaften in Verbindung setzt, damit sie zunächst selber zu der Frage Stellung nehmen und ebenfalls die Vorstände ihre dortigen Mitgliedschaften veranlassen sich zu der Sache zu äußern.

Nicht minder schwierig, weil ebenfalls in die satzungsgemäßen Rechte der einzelnen Gewerkschaften eingreifend, ist die Frage der Vereinheitlichung der Mitgliederrechte der verkürzt Arbeitenden. Die ungleiche Behandlung dieser Arbeitergruppen in den verschiedenen Gewerkschaften hat schon lange Unzufriedenheit unter den Gewerkschaftsmitgliedern erregt. Jedoch ist eine einheitliche Lösung der Frage sehr schwierig und die jetzige Ausschußsitzung hatte eine Kommission eingesetzt, die dieser Sitzung auch ihre Vorschläge unterbreitete. Die Teilnehmer an der Ausschußsitzung glaubten jedoch nicht aus eigener Machtvollkommenheit diese ziemlich verwickelte Frage lösen zu können und vertagten die Erledigung bis zur nächsten Sitzung. Bis dahin sollen die Vorstände dazu Stellung nehmen.

Recht schnell wurde der nächste Punkt der Tagesordnung erledigt: Unterstützung der ungarischen Gewerkschaften. Dazu hat der Internationale Gewerkschaftsbund aufgefodert. Eine der Folgen des Boykotts über Horthy-Ungarn ist die, daß seitdem die Gewerkschaften sich dort etwas besser rühren können. Jedoch sind ihre Kassen vollständig erschöpft worden durch die riesigen Prozeßkosten und die Unterstützungen, die sie den Opfern des weißen Schreckens gewähren. Einige deutsche Gewerkschaften haben zu diesem Zweck ihren ungarischen Bruderverbänden schon namhafte Beträge bewilligt. Der Ausschuß beschloß, daß die deutschen Gewerkschaften nach Maßgabe des durchschnittlichen Mitgliederstandes vom vorigen Jahre für jedes Mitglied den Betrag von 5 Pf. an die ungarischen Gewerkschaften abführen sollen. Das Geld wird in ungarische Kronen umgerechnet bei einer Wiener Bank eingezahlt und kann dort unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes von den ungarischen Gewerkschaften erhoben werden.



Allgemeines.

feil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Noch zwei Entscheide des Reichsarbeitsministers.

Neben der Frage, welche Stellung der Reichsarbeitsminister zu der so viel umstrittenen Regelung des Lehrlingswesens in Tarifverträgen einnehme, legte der Verbandsvorstand dem Reichsarbeitsministerium noch zwei andere Fragen zur Beantwortung vor. Jeder Kollege, der mitten in der gewerkschaftlichen Praxis steht oder als Tariffunktionär der Allgemeinheit zu dienen versucht, weiß, daß nicht nur die Handwerks- oder Innungsmeister der Durchführung abgeschlossener Tarifverträge Widerstand leisten.

Aber Tarifverträge haben für die Arbeiterschaft nur einen Wert, wenn sie allgemein Anerkennung besitzen und für alle Arbeiter Gültigkeit haben. Deshalb werden auch alle Mittel angewendet, abgeschlossene Tarifverträge durchzuführen.

Soweit es sich bei der Durchführung von Tarifverträgen nur für allgemein rechtsverbindlich erklärte

dreht, ist die Durchführung verhältnismäßig leicht und einfach. Aber trotzdem die zuständigen Verordnungen die für allgemein rechtsverbindlich erklärten Tarifverträge und ihre Durchführung regeln, werden doch noch immer Einwände der verschiedensten Art erhoben. So wird z. B. die Aktivlegitimation der Gewerkschaften bei Offizialklagen zur Durchführung rechtsverbindlich erklärter Tarife bestritten. Klagen, die vom Verbandsvorstand als Tarifkontrahenten aufgenommen wurden, begegnen nicht nur dem Widerstand der Gerichte, sondern auch Zweifeln bei Gewerkschaftsvertretern. Der Verbandsvorstand wandte sich deshalb auch in dieser Frage an das Reichsarbeitsministerium und erhielt folgende Entscheidung:

»Zur Anrufung des Schlichtungsausschusses zwecks Abschlusses oder Durchführung eines Tarifvertrages sind die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer selbständig befugt; des Nachweises der Vollmacht bedarf es hierbei nicht. Handelt es sich dagegen um andere Arbeitsstreitigkeiten, so ist dem Schlichtungsausschuß die Zustimmung der auf der Arbeitnehmerseite zur Anrufung berechtigten, also der Arbeiterschaft bzw. des Betriebs- oder Gruppenrates nachzuweisen; die Art des Nachweises zu bestimmen muß dem Schlichtungsausschuß überlassen bleiben (§ 20, Abs. 1 Satz 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918).«

Danach sind die beauftragten Kollegen, die solche Klagen vor Schlichtungsausschüssen, Gewerbe- und Amtsgerichten zu führen haben, zur Klageführung berechtigt. Es wird sich in der Regel nur darum handeln, eine Vollmacht des Verbandsvorstandes einzuholen.

Eine andere Entscheidung betrifft die Abdingbarkeit festgesetzter kollektiver Lohnvereinbarungen. Da es auch bei uns vorgekommen ist, daß Betriebsräte vom Verbandsvorstand verlangt haben, daß Firmen Dispens zur Zahlung neu festgesetzter Teuerungszulagen erhalten sollten, war es notwendig, auch hierüber Klarheit zu schaffen. Die unter dem Aktenzeichen VI D. 9213 getroffene Entscheidung des R. A. M. vom 25. November 1920 lautet:

»Aus der »Unabdingbarkeit« der Tarifverträge (§ 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918) folgt, daß Einzelarbeitsverträge einen geringeren als den im Tarifvertrag festgesetzten Lohn mangels anderer Vereinbarung im Tarifvertrag selbst nicht festsetzen können. Vielmehr gilt der Tariflohn als in jedem Arbeitsvertrag vereinbart.

Wie aber auf jeden vertraglichen Anspruch verzichten werden kann, so ist auch hier ein Verzicht durch formlosen Erlaßvertrag (§ 397) hinsichtlich eines Teiles der Lohnforderung möglich. Dieser Erlaßvertrag kann ausdrücklich oder stillschweigend — etwa durch vorbehaltlose Annahme des geringeren Lohnes — geschlossen werden, immer aber erst, wenn der einzelne Lohnanspruch entstanden ist, nicht allgemein im voraus für etwa entstehende Lohnforderungen. — Ein bindender »Abbau der Löhne kann nur durch Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit niedrigeren Löhnen erfolgen.«

Wenn in dieser Entscheidung die Sachlage auch nicht ganz klar herausgearbeitet ist, so steht doch soviel fest, daß eine Einstellung unter Tariflohn Klageberechtigung ergibt.

Die Kollegen tun deshalb in allen Fällen gut, auf ihrem Rechte zu bestehen und diese wichtigen Entscheidungen wohl zu beachten!

Ortsberichte.

Erfurt. Die hiesige Ortsgruppe hielt am 15. Dezember im Restaurant »Zum Kühlen Grunde« ihre Monatsversammlung ab, in der Genosse Ritter das Thema »Das Prinzip der gegenseitigen Hilfe in der Entwicklung« behandelte. Die Darlegungen, die sehr beifällig aufgenommen wurden, waren von großer Geschicklichkeit getragen.

Im weiteren kam zum Ausdruck, daß die diesjährige Senefelder-Feier in bezug auf künstlerische Darbietungen und sonstige Unterhaltung alle Beteiligten überaus befriedigt hat.

Nach Stellungnahme zum letzten Lohnabkommen wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Versammlung bezeichnet das letzte Lohnabkommen als durchaus ungenügend. Auch ist zu verurteilen, daß die ledigen Kollegen leer ausgehen mußten. Diese bedürfen ebenfalls dringend einer Zulage, zumal wenn sie am Orte fremd sind. Wir fordern vom Verbandsvorstand, dafür zu sorgen, daß diese Unterlassung sobald als möglich zum Ausgleich kommt.

Wir betrachten es als unsere wichtigste Aufgabe, in der kapitalistischen Wirtschaft wenigstens das Existenzminimum zu erreichen, da sonst die mehr und mehr zutage tretende Verelendung für jeden einzelnen mehr oder weniger zur Katastrophe führen muß. Das Interesse zur Hebung der Produktion, wie soll das unter solchen Verhältnissen noch eine Anregung finden?

Von den übrigen Zahlstellen erwarten wir, daß sie ebenfalls alles daran setzen, um endlich einen Zusammenschluß der graphischen Verbände zum Industrieverband herbeizuführen. H. F.

Frankfurt am Main. In der am 15. Dezember im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Generalversammlung der Sektion I (Lithographen und Steindruck) wurde nach einem beifällig aufgenommenen Bericht des Sektionsleiters über die umfangreiche Tätigkeit des Vorstandes im vergangenen Geschäftsjahr dem Vorstand Entlastung erteilt. Sodann befaßte sich die Versammlung mit unseren Löhnen, den Lebenshaltungskosten und der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen und unseres Berufes im besonderen. Hierzu hielt der Vorsitzende Kollege Scheibel ein auf reiches Material gestütztes Referat. An Hand einer für ganz Frankfurt aufgenommenen Statistik erläuterte er die in unserem Beruf gezahlten Löhne und stellt sie den Lebenshaltungskosten sinngemäß gegenüber, wobei er zu dem Schluß kam, daß unseren Kollegen noch sehr viel bis zur Erreichung des Existenzminimums fehlt. In eingehender Aussprache wurde von allen Rednern die Not der Kollegenschaft betont und müsse unbedingt etwas Ernsthafes zur Besserstellung unserer Kollegen getan werden. Nachfolgende Entschließung wurde angenommen und auf einstimmigen Beschluß dem Vorstandsvorstand zu Verhandlungen mit dem Schutzverband überwiesen:

»Die in unserem Beruf gezahlten Löhne entsprechen in keiner Weise dem heutigen Stand der Lebenshaltungskosten. Statistiker von Ruf, wie Dr. Elsaß usw., berechnen allein den Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Familie in Frankfurt am Main am 1. November 1920 auf Mk. 307,67 wöchentlich. Eine Ende November aufgenommene Statistik, von der fast sämtliche in Frankfurt am Main beschäftigten Kollegen erfaßt wurden, ergibt einen Durchschnittslohn von Mk. 245.— pro Woche. Nur zwei Kollegen erreichen den vom Statistiker als notwendig für den Nahrungsmittelbedarf errechneten Satz von Mk. 307,65. In dieser Gegenüberstellung ist das ganze furchtbare Elend unserer Kollegenschaft ausgedrückt. Es ist erwiesen, daß in kinderreichen Familien die den Kindern zustehende Milch nicht mehr gekauft werden kann, daß die Frauen mit den Kindern an Unterernährung, Nervosität und Sorge um den Zustand ihrer Familien langsam dahinsinken. Die Kollegen selber versuchen durch Nebenbeschäftigung aller Art dem drohenden völligen Ruin zu steuern und werden desto gründlicher eines Tages zusammenbrechen. Eine Ergänzung der Kleidung und Haushaltsgegenstände ist unter diesen Umständen selbstverständlich erst recht nicht möglich und muß mit Naturnotwendigkeit gänzliche Verelendung und Ver lumpung unserer Kollegen und ihrer Angehörigen die bittere Folge sein. Die Angleichung der Inlands- an die Weltmarktpreise, eine Folge der Aufhebung der Zwangswirtschaft, die ungenügende Ablieferung der Lebensmittel durch die Landwirte und der Tiefstard der Valuta werden immer weitere starke Preissteigerungen im Gefolge haben und unter den besonderen Lasten des Winters werden unsere Kollegen dann völlig zusammenbrechen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, fordern wir den Vorstand auf, schleunigst Verhandlungen mit dem Schutzverband einzuleiten und eine starke Erhöhung der Teuerungszulagen durchzusetzen. Es dürfte klar sein, daß mit Zulagen, wie sie der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums im Oktober brachte, unserer Not in keiner Weise gesteuert ist. Ebenso ist es nicht angängig, die Löhne unberücksichtigt zu lassen, da eine Wiederholung schwerster Konsequenzen nach sich ziehen müßte. Wir lehnen es ab, die Schwierigkeiten unseres Gewerbes, die wir keineswegs verkennen, fernerhin mit Hungerlöhnen überwinden zu helfen und verlangen eine Lohnpolitik, die den Lebensnotwendigkeiten Rechnung trägt. Daß dies geschehen kann, beweisen wir damit, daß die Kollegen anderer Berufe, mit denen wir zusammenarbeiten, weit höher entlohnt werden. Alle Einwände und Prophezeiungen der Unternehmer, daß das Gewerbe an den hohen Löhnen zugrunde

gehen müsse, werden Lügen gestraft durch das gute Florieren der Betriebe, die zum Teil die vorhandene Arbeit nicht bewältigen können. Auch werden in den meisten Fällen von den Unternehmern die tariflichen Mindestlöhne als Maximallohne betrachtet, was uns veranlassen sollte, diese Mindestlöhne bedeutend höher zu setzen.

Wir sind nach alledem der Meinung, daß in der Lohnfrage unbedingt etwas Durchgreifendes geschehen muß, und verlangen vom Vorstand, daß er auf Grund unseres Antrages dem Schutzverband eine Lohnforderung einreicht, die angemessen erscheint und bezeichnen wir eine Zulage von Mk. 50.— pro Woche als das Mindestmaß des Notwendigen. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß es hier Unternehmern gibt, die bestrebt sind, erhebliche Lohnkürzungen vorzunehmen, was den Gedankengang jener Kreise begünstigt beleuchtet. Solchen Machenschaften werden die betroffenen Kollegen natürlich zu begegnen wissen und stehen wir als Gesamtheit hinter ihnen.

Wir fordern nochmals eindringlich den Vorstandsvorstand auf, ja alles zu tun, was geeignet ist, der furchtbaren Not unserer Kollegen abzuhelfen. Wir verkennen die Schwierigkeit nicht, größere Lohnzulagen durchzudrücken, da wir wissen, daß das Unternehmertum geschlossener denn jemals in früherer Zeit auftritt und werden dem Vorstandsvorstand bei seinem Streben, unsere Notlage zu bessern, volle Unterstützung zuteil werden lassen. Wir fordern die Kollegen an anderen Orten auf, nach gleichen Grundsätzen zu handeln.

Die Vorstandswahl mußte bis Anfang Januar vertagt werden, da einzelne Funktionäre ihre Wiederwahl ablehnten und die Versammlung der Meinung waren, daß hierüber erst in den Geschäften diskutiert werden müsse.

Der Lithograph

Nochmals zur „Geringschätzung der Arbeit des Lithographen.“

Der gutgemeinte Artikel in Nr. 47 unserer »Graphischen Presse« hat in einer Klammer Worte (»sofern sie nicht selbst aus dem Lithographen stande hervorgegangen sind«), die ich nicht unbeantwortet lassen kann. Nach zehn Lehr- und Wanderjahren kam ich in eine »Bude«, wo die Chefs zwei Lithographen waren, und ich habe, in zehn Jahren vorher, noch niemals eine solche Geringschätzung der Arbeit des Lithographen gefunden, als bei diesen beiden früheren »Kollegen«.

Beide sind tot und man soll von Toten nur gutes reden, jedoch auch nur *wahres!* — Selbst in Firmen in welchen die Inhaber ausschließlich »Nur-Kaufleute« waren, hatte ich eine solche Geringschätzung der Arbeit des Lithographen nicht angetroffen, als bei diesen beiden Fachmännern, und könnte ich ein Büchlein darüber schreiben.

Jedoch waren auch die Drucker gerade nicht mehr »geschätzt« und nicht besser bezahlt, denn sie hatten sich noch viel mehr gefallen lassen als die Lithographen.

Was gab es da nun zu tun? *Einzig und allein war es die Organisation, die hier Wandel schaffen konnte.* Und, ganz ausnahmsweise, organisierten sich die Lithographen da zuerst, um die grenzenlose Geringschätzung der Arbeit der Lithographen zu heben.

Ausnahmsweise gingen die Lithographen da geschlossen zuerst mit Forderungen vor und setzten dieselben durch. Erst als die Drucker den Erfolg sahen, traten sie der Organisation bei und stellten nun auch ihre Forderungen, und ganz selbstverständlich unterstützten die Lithographenkollegen die Druckerkollegen bei Durchsetzung ihrer Forderungen.

Leider ist es nicht überall so; meist zum Schaden der Lithographenkollegen und ihrer Arbeit, die doch gar nicht hoch genug eingeschätzt werden

kann, weil sie eine geist- und nervenanstregende ist, dazu auch eine frühzeitig aufreibende, wie nicht leicht eine andere. —

Schon bevor wir unsere Organisation hatten, bzw. in den Jahren, wo sie durch das größte Schandgesetz, das Sozialistengesetz,* lahm gelegt war, und unser junger Verband zur reinen Unterstützungskasse herabsinken mußte, habe ich in Kunstanstalten gefunden, daß dort, wo die Lithographen einig und fest zusammenhielten, keine Geringschätzung ihrer Arbeit war, sondern eine Hochschätzung; eine kürzere Arbeitszeit und gute Bezahlung war neben guter Behandlung.

In anderen Kunstanstalten, wo jeder Lithograph seinen eigenen Weg ging, keiner sich um den andern kümmerte; im Gegenteil einer den andern noch schlecht machte, kurz: »wo der Nachbar nicht dem Nachbar trauen durfte«, da hatte ich immer eine gewisse Geringschätzung der Arbeit der Lithographen gemerkt, während die Arbeit der Druckerkollegen, welche meistens einig waren und gar keinen »Künstlersix« hatten, höher bewertet wurde, nicht etwa weil sie anstrengender ist, sondern weil die Druckerkollegen einig und fester schon damals zusammenstanden. — — —

Der Artikel in Nr. 49 der »Graphischen Presse« hat schon des »Pudels Kern« getroffen, und ich will nicht »Wiederkäufer« des dort Gesagten werden, sondern das den Lithographen zur Beachtung empfehlen.

Ein steinalter erfahrener Lithograph.

* Siehe Artikel: »Zum 25. Todestage des soz. Dichters Leopold Jacoby,« »Graphische Presse« Nr. 52, 1920.

Feuilleton.

Neujahr 1921.

Hört ihr den Ton? Die Glocken hell erklingen. Ein jeder steht und lauscht erwartungsvoll; Was wird uns wohl das neue Jahr nun bringen. Das alte war erfüllt von Haß und Groll.

Ein hartes Kämpfen gab es und ein Streiten Ringsum im Land, von Sorgen schwer bedroht. Denn niemand half uns unsern Tisch bereiten, Daß man uns reichte unser täglich Brot.

Das alte Jahr, getragen ward's zu Grabe, Im neuen hebt ein neuer Frühling an, Und sel'ge Hoffnung, edle Himmelsgabe, Sie möge führen uns zum Licht heran.

Doch wollen wir zum innern Glück gelangen, Das uns entheben soll der trüben Zeit, Da manches Jahr wir rauhen Weg gegangen, Das Ziel dorthin führt durch die Einigkeit.

Die Menschheit möge sich zusammenschließen, Es sei der eine weder Herr noch Knecht, Dann werden einst wir froh den Tag begrüßen, Der uns die Freiheit bringt sowie das Recht.

Und will das Schicksal uns auch Wunden schlagen So kann uns eins aus herber Not befreien: Geteiltes Leid, geduldig es ertragen, Es schließt den wahren Frieden in uns ein.

Laßt uns im neuen Jahr dann vorwärts schauen, Wenn brausend auch der Sturm die Welt umstößt, Bleibt uns auf bess're Zeiten das Vertrauen, Verleiht es innere Ruhe uns und Trost.

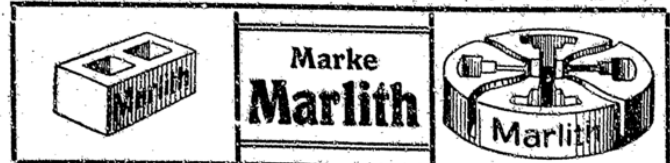
Die Zukunft, bringt sie uns ein neues Leben, Gleich junger Saat, die aus dem Boden sprießt, So wollen dankend wir die Hand erheben, Und jeder Augenblick sei uns begrüßt.

August Baumdecker, Lithograph.

Lithographie (Export) Lithographie

Den neu patentierten, von lithographischen Großbetrieben als erstklassig anerkannten und als unübertroffen bezeichneten künstlichen

Schleif- und Polierstein



Handsteine (auch zum Einspannen in die Maschine), per Stück Mark 7,—
 Maschinensteine Durchmesser 22, 26, 32 cm, 7 cm Höhe Gewicht etwa 4, 5, 7 kg, per kg M. 16,—
 Masse zum Selbstgießen, in 1 kg Blöcken per kg Mark 9,50.
 Zusendung gegen Nachnahme. Etwa Nichtkonvaleszentes wird zurückgenommen. Muster (1—4) per Stk. M. 3,—, sowie Prospekt auf Wunsch gerne zu Diensten. Exporteur: Rabast.

Marlith Kunststein-Werk Distler & Wenzel,
 München, Theresienstraße 76.

ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten.
KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 30
 Fernruf: Moritzplatz 1222.



Wolff's preisgekrönte Bronzetinktur Kosmos
 ist Zusatz zu Gold-Druck-Unterfarbe, bürgt für das Haften und einen bisher unerreichten Hochglanz des Bronzeindruckes.
 Ein Versuch überzeugt.
 Probefedern von 25 Kilo, Originaldosen von 5 Kilo ab Detmold.
J. H. Wolff, G. m. b. H.,
 Fabrik von Bronze-Tinkturen, Detmold.

Schlagmetall
 — Bronze etc. kauft ständig —
E. H. Winkler, Berlin,
 Reichenberger Str. 120. (Farbenhdg.)

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle
 Preis für Inland inkl. Porto 1,80 Mk.,
 für Ausland inkl. Porto 3,60 Mk. :
Conr. Müller, Schkeuditz-Leipzig.